

# Vorschläge zur Vereinfachung des passiven Leistungsrechts im SGB II einschl. Verfahrensrecht

Das Leistungsrecht des SGB II ist ein komplexes Normengefüge, das durch die grundsätzliche Subsidiarität der SGB II-Leistungen gegenüber anderem Einkommen gekennzeichnet ist. Die passiven SGB II-Leistungen verändern sich je nach Höhe des anrechenbaren Einkommens bzw. Vermögens, aber auch durch Preisentwicklungen bei Energieträgern oder Mieten. Zum Einkommen zählen in der Regel auch die Leistungen, die einer Person nach Rechtsvorschriften außerhalb des SGB II gewährt werden. Die grundsätzliche Subsidiarität bewirkt, dass jede (neue) Leistung, aber auch jede Veränderung der Höhe anderer Leistungen, die passiven Leistungen des SGB II direkt beeinflusst. Zudem liegt umfangreiche und zum Teil rechtsfortbildende sozialgerichtliche Rechtsprechung zum passiven Leistungsrecht vor. Dadurch wird ein erheblicher Verwaltungsaufwand ausgelöst, der nur durch eine Vereinfachung des Leistungsrechts reduziert werden kann.

Der Deutsche Landkreistag schlägt daher folgende Änderungen zur Vereinfachung des Leistungsrechts vor. Die Reihenfolge der Vorschläge orientiert sich an der Abfolge der Paragraphen im SGB II.

- **Taggenaue Leistungsberechnung bei temporären Bedarfsgemeinschaften vermeiden (§ 7 Abs. 3 Nr. 4 SGB II)**

Kinder von getrennt lebenden Elternteilen, die mit einer gewissen Regelmäßigkeit für jeweils länger als einen Tag im Haushalt des anderen erwerbsfähigen leistungsberechtigten Elternteils wohnen, bilden mit diesem nach der Rechtsprechung des BSG eine temporäre Bedarfsgemeinschaft. In diesem Fall muss eine sehr aufwendige taggenaue Leistungsberechnung erfolgen. Daher sollte der sorgeberechtigte Elternteil auch für Zeiten des besuchsweisen Aufenthaltes beim umgangsberechtigten Elternteil die Leistungen für das Kind entgegennehmen und diese dem Kind zur Verfügung stellen. § 7 Abs. 3 Nr. 4 SGB II ist insoweit zu ergänzen, dass vorübergehende Aufenthalte im Rahmen des Umgangsrechts keine Angehörigkeit zum besuchten Haushalt begründen.

- **Personenbezogene Einkommensanrechnung (§ 9 Abs. 2 S. 3 SGB II)**

§ 9 Abs. 2 S. 3 SGB II bestimmt nach der Rechtsprechung des BSG die sog. horizontale Anrechnung von Einkommen auf die Bedarfe aller Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft. Dadurch sind Personen, die ein Einkommen erzielen, auch dann auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen, wenn sie mit dem Einkommen ihren eigenen Bedarf decken könnten. Aufgrund der horizontalen Einkommensanrechnung müssen die Kosten der Unterkunft und Heizung für diese Person weiter gezahlt werden, während Single-Haushalte mit vergleichbarem Einkommen unabhängig von SGB II-Leistungen sind. Zudem sinkt bei der horizontalen Berechnung der Leistungsanspruch der übrigen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft. Dies führt dazu, dass die übrigen Bedarfsgemeinschaftsmitglieder bereits mit geringerem Einkommen, z. B. aus Mini- oder Teilzeitjobs, aus dem Leistungsbezug fallen und danach nicht mehr in eine Vollzeittätigkeit vermittelt werden können. Davon sind überwiegend Frauen in Bedarfsgemeinschaften betroffen. Zudem sind bei Leistungsberechnung und -bescheidung auch solche Personen zu berücksichtigen, die ihren Lebensunterhalt sonst unabhängig vom Arbeitslosengeld II sichern könnten. Bei Rückforderungen sind separate Bescheide für diese Personen zu erstellen. Die Einkommensanrechnung muss daher geändert werden und zunächst bei der Person erfolgen, die das Einkommen erzielt (sog. vertikale Berechnungsmethode).

- **Vermutung der Bedarfsdeckung (§ 9 Abs. 5 SGB II)**

Nach § 9 Abs. 5 SGB II wird bei Personen, die in Haushaltsgemeinschaft mit Verwandten oder Verschwägerten leben, vermutet, dass sie von den Verwandten oder Verschwägerten Leistungen erhalten, soweit dies nach deren Einkommen und Vermögen erwartet werden kann. Der Begriff der Haushaltsgemeinschaft setzt nach der Gesetzesbe-

gründung voraus, dass Personen zusammen in einem gemeinsamen Haushalt leben und gemeinsam „aus einem Topf“ wirtschaften. Für das gemeinsame Wirtschaften liegt die Beweislast beim Leistungsträger. Der Beweis setzt umfangreiche Ermittlungen vor Ort sowie in der Regel eine Besichtigung der Wohnung voraus. In § 39 SGB XII wird dagegen ein gemeinsames Wirtschaften gesetzlich vermutet, wenn Sozialhilfeempfänger mit einer anderen Person zusammenleben. Die Regelung in § 9 Abs. 5 SGB II sollte entsprechend § 39 SGB XII umformuliert werden. Die Vermutung sollte darüber hinaus dahingehend präzisiert werden, dass die kostenlose Gewährung von Unterkunft und Heizung vermutet wird.

- **Anrechnung von monatlichem Einkommen im Folgemonat, wenn das Arbeitslosengeld II im Zuflussmonat bereits ausgezahlt wurde (§ 11 Abs. 2 SGB II)**

Monatliches Einkommen fließt häufig um den Monatswechsel herum zu und wird in der Lebenswirklichkeit für den Lebensunterhalt des Folgemonats genutzt. Nach der geltenden Rechtslage müssen bereits erlassene Bescheide auch dann rückwirkend geändert werden, wenn das Einkommen erst in den letzten Tagen des jeweiligen Monats zufließt. Eine Regelung, die sich an den tatsächlichen Gegebenheiten orientiert, würde den Verwaltungsaufwand wesentlich reduzieren. Für laufende Einnahmen wäre insoweit eine Regelung sinnvoll, die § 11 Abs. 3 S. 2 SGB II entspricht (Einnahmen werden erst im Folgemonat oder im nächstmöglichen Monat berücksichtigt, wenn im Zuflussmonat die Leistungen bereits ohne Berücksichtigung der Einnahmen erbracht sind). Die vorhandene Regelung des § 11 Abs. 3 S. 2 SGB II könnte auf laufende Einnahmen erweitert werden, und § 11 Abs. 2 SGB II würde entfallen. Folgeänderungen bei den Sozialversicherungsträgern müssten bei der Änderung berücksichtigt werden.

- **Klarstellung hinsichtlich des Absetzbetrags von 100 € (§ 11b Abs. 2 S. 2 SGB II)**

Nach der Intention des SGB II werden Erwerbseinkommen gegenüber anderen Einkommensarten privilegiert, wobei nach der Höhe des Erwerbseinkommens differenziert wird. Die Privilegierung erfolgt im Wesentlichen über Absetzbeträge. Wenn eine Person zusätzlich anderes Einkommen z. B. aus einer Vermietung hat, kann sie nach der aktuellen Regelung bei einem Gesamteinkommen von mehr als 400 € gleichwohl einen höheren Absetz-

betrag als 100 € geltend machen. In der Formulierung des § 11b Abs. 2 S. 2 SGB II „Beträgt das monatliche Einkommen mehr als 400€...“ sollte daher „Einkommen“ durch „Erwerbseinkommen“ ersetzt werden. Damit würde klargestellt, dass nur Erwerbseinkommen über 400 € privilegiert werden soll.

- **Einschränkung von normierten Verpflichtungen, vorrangige Leistungen zu beantragen, soweit diese steuerfinanziert sind (§ 12a S. 2 SGB II)**

Die Feststellung, ob vorrangige Leistungen zur Reduzierung oder Vermeidung der Hilfebedürftigkeit bestehen, erfordert von den Jobcentern detaillierte Kenntnisse anderer Leistungsgesetze. Zudem werden vorrangige Leistungen von den zuständigen Stellen in der Regel später als die Leistungen des Jobcenters bzw. nicht deckungsgleich ausgezahlt. Die Träger der SGB II-Leistungen gehen daher regelmäßig in Vorleistung und müssen in der Folge aufwendige Erstattungsverfahren mit anderen Leistungsträgern durchführen. Die Einnahmen daraus sind sodann noch auf die beiden Träger des SGB II aufzuteilen. Der Verwaltungsaufwand sowie die Antragsverfahren, die die Betroffenen dabei durchlaufen müssen, wirken sich im Ergebnis aber nicht auf die Höhe des Leistungsanspruchs aus. Insoweit besteht erhebliches Vereinfachungspotenzial.

Die im SGB II normierte Verpflichtung zur Beantragung vorrangiger Leistungen sollte daher auf Sachverhalte beschränkt werden, in denen die Gewährung vorrangiger Leistungen zur Vermeidung oder Beseitigung der Hilfebedürftigkeit der gesamten Bedarfsgemeinschaft führt. In § 12a S. 2 Nr. 2 SGB II ist bereits eine vergleichbare Vorschrift vorhanden, die für Wohngeld und Kinderzuschlag Entsprechendes regelt. Die Vorschrift sollte um Unterhaltsvorschuss, Elterngeld und Betreuungsgeld ergänzt werden. Inwieweit daraus Verschiebungen der Finanzlasten zwischen Bund, Ländern und Kommunen entstehen, muss sorgfältig analysiert werden. Ggf. bedarf es eines entsprechenden Ausgleichs.

- **Angleichung der Regelbedarfe für Erwachsene (§ 19 Abs. 2 und 4 SGB II)**

Die Unterschiede zwischen der Regelbedarfsstufe 1 (alleinstehende, alleinerziehende oder solche Personen, deren Partner minderjährig ist) und der Regelbedarfsstufe 2 (zwei volljährige Partner) führen dazu, dass die Jobcenter erheblichen Verwaltungsaufwand betreiben müssen, um das Bestehen einer

Partnerschaft nachzuweisen. Mit der Angleichung der Regelbedarfe für Partner an den Regelbedarf für alleinstehende Personen würde dieser Aufwand komplett entfallen. Partner könnten ohne finanzielle Nachteile zusammenziehen. Damit könnten Unterkunfts- und Heizkosten eingespart werden und es stünde mehr Wohnraum im niedrigen Preissegment zur Verfügung.

- **Verrechnung mit Gutschriften und Rückzahlungen auch bei verspätet erlangter Kenntnis des Jobcenters ermöglichen (§ 22 Abs. 3 SGB II)**

Nach § 22 Abs. 3 SGB II mindern Rückzahlungen und Guthaben, die dem Bedarf für Unterkunft und Heizung zuzuordnen sind, die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nach dem Monat der Rückzahlung oder der Gutschrift. Das Jobcenter erfährt nur selten so rechtzeitig von Gutschriften oder Rückzahlungen, dass eine Minderung im nächsten Monat noch erfolgen kann. Die geltende Regelung führt daher häufig zu einem aufwendigen Aufhebungs- und Erstattungsverfahren. § 22 Abs. 3 SGB II sollte durch eine Regelung ersetzt werden, die es dem Jobcenter ermöglicht, Gutschriften und Rückzahlungen an den Leistungsberechtigten bei der nächsten Zahlung von Unterkunfts- und Heizkosten vom Bedarf abzuziehen. In diesem Zusammenhang ist klarzustellen, dass die Rückzahlungen und Guthaben nicht die Aufwendungen, sondern den Bedarf für Unterkunft und Heizung mindern.

- **Bezug eines eigenen Wohnraums zur Erlangung eines SGB II-Leistungsanspruchs bei Jugendlichen bis zum 25. Lebensjahr (§ 22 Abs. 5 S. 4 SGB II)**

Nach der geltenden Rechtslage werden Kosten der Unterkunft und Heizung bei Personen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht anerkannt, wenn diese vor der Beantragung von Leistungen in eine Unterkunft in der Absicht umziehen, die Voraussetzungen für die Gewährung der Leistungen herbeizuführen. „Absicht“ ist ein subjektives Tatbestandsmerkmal und daher nur schwer nachweisbar. Um diesen Nachweis zu erleichtern, sollte eine Absicht gesetzlich vermutet werden, wenn die eigene Wohnung innerhalb einer bestimmten Frist vor Leistungsbeginn bezogen wurde oder beim Einzug absehbar war, dass die Wohnung über einen längeren Zeitraum nicht finanziert werden kann.

- **Beurteilungsspielraum bei Angemessenheitsfeststellung der Unterkunft und Heizkosten (§§ 22 Abs. 1, 22c SGB II)**

Angemessenheit ist ein unbestimmter Rechtsbegriff, der gerichtlich voll überprüfbar ist. Die Ermittlung der Angemessenheit ist seit Jahren Gegenstand zahlreicher Rechtsstreitigkeiten. Das BSG fordert mittlerweile in ständiger Rechtsprechung, dass die Ermittlung der Angemessenheit auf Grundlage eines überprüfbaren "schlüssigen Konzepts" erfolgen müsse. Dieses Konzept hat eine Reihe von Voraussetzungen zu erfüllen, die das BSG mit Urteil vom 22.9.2009 (Az. B 4 AS 18/09 R) erstmals festgelegt hat. Die vom BSG bestimmten Voraussetzungen haben einen hohen Abstraktionsgrad und enthalten weitere unbestimmte Begriffe. Zudem bleiben die Schwierigkeiten, die Daten im geforderten Umfang zu ermitteln, völlig außer Betracht. Selbst die Landessozialgerichtsbarkeit scheitert oft bereits an der BSG-Anforderung, zumindest nachvollziehbar darzulegen, warum ein schlüssiges Konzept auf Grundlage der vorhandenen Erkenntnisse nicht entwickelt werden kann. Das BSG stellt für den Fall, dass kein sog. schlüssiges Konzept für die Ermittlung der angemessenen Unterkunfts-kosten vorliegt, auf die Höchstbeträge nach dem Wohngeldgesetz zuzüglich eines Zuschlags von 10 % ab, was faktisch dazu führt, dass Wohnraum unter dieser Grenze nicht mehr angeboten wird. Wohnungen in dem dann angebotenen Preissegment können von Wohngeldempfängern und Personen mit niedrigen Einkommen nicht bzw. nur unter erheblichen Einschränkungen finanziert werden. Zugleich werden SGB II-Empfänger gegenüber Wohngeldempfängern und Personen mit niedrigem Einkommen im Bereich der Kosten der Unterkunft privilegiert. Dies führt dazu, dass derjenige, der arbeitet, weniger hat als derjenige, der nicht arbeitet. Diesen Folgen kann nur entgegengewirkt werden, wenn den Landkreisen gesetzlich ein Beurteilungsspielraum bei der Bestimmung der Angemessenheit eingeräumt wird. Zusätzlich könnte eine gesetzliche Vermutung zugunsten der Landkreise aufgenommen werden, dass die Angemessenheit der Kosten für Unterkunft und Heizung richtig bestimmt wurde, wenn der leistungsberechtigten Person konkrete Wohnungsangebote innerhalb der bestimmten Angemessenheitswerte nachgewiesen werden können.

- **Zuordnung von abweichenden Bedarfen für den Gesundheitsbereich zum SGB V (§ 24 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 SGB II)**

Nach § 24 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 SGB II werden gesonderte Bedarfe für Anschaffung und Reparaturen von orthopädischen Schuhen, Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen sowie die Miete von therapeutischen Geräten erbracht. Die Regelung führt immer wieder zu Streitigkeiten im Einzelfall. Da es sich um Bedarfe für Gesundheitsleistungen handelt, sollten diese dem SGB V zugeordnet werden.

- **Bedarfsdeckende Förderung für Auszubildende (Streichung des § 27 SGB II)**

Beim Übergang in eine Ausbildung entstehen in einigen Fällen Finanzierungslücken. Die Jugendlichen können im Zeitraum zwischen dem Antrag und der ersten Auszahlung von Berufsausbildungsbeihilfe bzw. Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz nur noch bestimmte Mehrbedarfe nach dem SGB II erhalten. Die übrigen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts können nur als Darlehen und in der Regel begrenzt auf den ersten Monat erbracht werden. Damit sind Jugendliche – zumindest vorübergehend – finanziell schlechter gestellt als vor der Aufnahme der Ausbildung. Um dies zu vermeiden, ist eine vorläufige Leistung von Berufsausbildungsbeihilfe bzw. BAföG ab der Aufnahme der Ausbildung zwingend vorzuschreiben. Zudem sind Berufsausbildungsbeihilfe bzw. die BAföG in jedem Fall bedarfsdeckend auszugestalten. § 27 SGB II sowie § 7 Abs. 6 SGB II und der 2. Halbsatz von § 7 Abs. 5 SGB II sind sodann zu streichen.

- **Wegfall der Anrechnung des Regelsatzanteils für Verkehr bei der Schülerbeförderung (§ 28 Abs. 4 SGB II)**

Die anzurechnenden Regelsatzanteile bei der Schülerbeförderung sind Bagatellbeträge, die bei der Leistungserbringung und -abrechnung zusätzlichen Aufwand auslösen, der in keinem angemessenen Verhältnis zum Ertrag steht. Die Anrechnung sollte daher in allen Rechtskreisen (SGB II, SGB XII und BKGG) entfallen.

- **Lernförderung in die Verantwortung der Schulen zurückgeben (§ 28 Abs. 5 SGB II)**

Die Entscheidung, ob Lernförderung geeignet, erforderlich und angemessen ist, kann fachlich fundiert nur die Schule treffen. Der Landkreis bzw. das Jobcenter ist damit eine rein formale „Bewilli-

gungsstelle“ ohne Kompetenzen für eine Beurteilung der inhaltlichen Richtigkeit der Bewilligung. Die Schule hat über die Unterrichtsgestaltung erheblichen Einfluss auf das Leistungsniveau und damit auf das Erreichen wesentlicher Lernziele. Die Auswirkungen eines unzureichenden Leistungsniveaus müssen demzufolge in der Verantwortung der Schulen bleiben. § 28 Abs. 5 SGB II ist daher zu streichen.

- **Sanktionsregelungen vereinfachen (§§ 31ff. SGB II)**

Die gesetzlich geprägte Unterscheidung in unter und über 25-jährige Personen hat eine entsprechende Zuständigkeitsverteilung der Fallmanager bzw. persönlichen Ansprechpartner nach diesen Altersgruppen zur Folge. So gibt es z. B. unterschiedliche Sanktionsregelungen für Personen im Alter bis 25 sowie ab 25 Jahren. Angesichts der demografischen Entwicklung und des hohen Anteils von jungen Menschen ohne Berufsabschluss, die verstärkt in die Altersgruppen bis 35 Jahre hineinwachsen, ist diese Verteilung für den örtlichen Vermittlungsprozess hinderlich. Die Verteilung der Altersgruppen entsprechend den örtlichen Bedürfnissen könnte erleichtert werden, wenn die Sondertatbestände für Jugendliche entfallen und einheitliche Kürzungsbeträge für alle Altersgruppen festgesetzt werden. Die unterschiedlichen Regelungen sollten auch hinsichtlich der Verkürzung der Sanktionsdauer auf sechs Wochen angeglichen werden. Mit Blick auf den Verwaltungsaufwand ist auch zu prüfen, den Kürzungsbetrag auf maximal 30 % zu begrenzen. Damit würde die Erbringung etwaiger Sachleistungen entfallen. Dabei ist allerdings zu überlegen, ob mit dieser Begrenzung das Ziel von Sanktionen noch erreicht werden kann.

- **Gesamtschuldnerische Haftung der Bedarfsgemeinschaft (§ 38 SGB II)**

Forderungen der Jobcenter gegenüber leistungsberechtigten Personen einer Bedarfsgemeinschaft müssen gegenüber jeder Person der Bedarfsgemeinschaft einzeln geltend gemacht werden. Zum Beispiel müssen bei einer Bedarfsgemeinschaft mit vier Personen dementsprechend vier Bescheide erstellt werden. Würden die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft gesamtschuldnerisch haften, könnten Forderungen mit einem Bescheid und damit mit erheblich weniger Aufwand geltend gemacht werden.

- **Bagatellgrenze für Erstattungsforderungen gegenüber dem Leistungsberechtigten (§ 40 Abs. 3 S. 3 SGB II)**

Die Vorschrift des § 40 Abs. 3 S. 3 SGB II, die eine Erstattung der Bildungs- und Teilhabeleistungen entbehrlich macht, wenn die Aufhebungsentscheidung allein wegen einer Bildungs- und Teilhabeleistung zu treffen wäre, sollte durch eine Bagatellgrenze für alle geringfügigen Rückforderungen von SGB II-Leistungen ersetzt werden. Eine Rückforderung ist unwirtschaftlich, wenn die Rückforderungssumme zu dem dafür erforderlichen Verwaltungsaufwand in keinem angemessenen Verhältnis steht.

- **Streichung des Eigenanteils von 1 € bei der Mittagsverpflegung (§§ 1 Abs. 1 Nr. 2, 5a Nr. 3 Alg II-V; § 9 RBEG)**

Der Eigenanteil von 1 € ist zwar systematisch richtig, verursacht aber bei der Leistungserbringung und -abrechnung einen erheblichen und unverhältnismäßig hohen Zusatzaufwand. Zugleich wird der Eigenanteil manchmal durch Dritte übernommen, was dazu führt, dass der Landkreis bzw. das Jobcenter prüfen muss, ob die Leistung als Einkommen anzurechnen ist (§§ 11, 11a SGB II i. V. m. § 1 Abs. 1 Nr. 2 Alg II-V). Der Eigenanteil bei der Mittagsverpflegung sollte in allen Rechtskreisen (SGB II, SGB XII und BKGG) entfallen.

- **Statistische Erfassung von Bildungs- und Teilhabeleistungen auf Gesamtsummen beschränken (§ 1 Abs. 2 Nr. 2 der Verordnung zur Erhebung der Daten nach § 51b SGB II)**

Die statistischen Anforderungen nach § 1 Abs. 2 Nr. 2 der Verordnung zur Erhebung der Daten nach § 51b SGB II, die eine personenbezogene und nach Einzelleistungen differenzierte Erfassung von Bildungs- und Teilhabeleistungen vorsehen, widersprechen der pauschalen Abrechnungsmöglichkeit in § 29 Abs. 1 S. 3 SGB II. Personenbezogene Einzelleistungsdaten fallen bei einer pauschalen Abrechnung nicht an und müssen folglich extra erhoben werden. Bei der Mittagsverpflegung werden überwiegend Daten für einstellige Eurobeträge erfasst. Dem dafür erforderlichen Aufwand steht kein wesentlicher Zusatznutzen der Daten gegenüber.

- **Pauschalierung der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung für Bezieher von Arbeitslosengeld II (§ 252 Abs. 1 S. 2 SGB V)**

Die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung für Personen, die Leistungen zur Sicherung des Le-

bensunterhalts nach dem SGB II beziehen, werden derzeit vom Jobcenter für jede Person einzeln ermittelt und an den Gesundheitsfonds bzw. die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau gezahlt. Die Beiträge trägt der Bund. Die Versicherungspflicht ist für SGB II-Leistungsberechtigte akzessorisch zur Leistungsberechtigung. Wenn eine (erstmalige oder höhere) Leistungsberechtigung für vorangegangene Zeiträume festgestellt wird, fallen Säumniszuschläge zulasten der Jobcenter an. Diese werden unabhängig davon erhoben, ob ein Jobcenter die verspätete Zahlung der Beiträge zu vertreten hat oder nicht. Angesichts der ca. 6 Mio. Leistungsbezieher im SGB II und der teils sehr umfangreichen Ermittlungen, die für die Art der Versicherungspflicht und die Höhe der zu zahlenden Beiträge erforderlich sind, entsteht ein erheblicher Verwaltungsaufwand. Mit einer pauschalen Direktzahlung vom Bund an den Gesundheitsfonds bzw. an die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau könnten die derzeitigen millionenfachen Verwaltungs- und Zahlungsverfahren im Idealfall auf zwei Vorgänge pro Jahr reduziert werden und unnötige Säumniszuschläge vermieden werden.

- **Vorrangige Leistungen anderer Leistungsgesetze zusammenfassen und angleichen**

Ein wesentlicher Schritt, um das Leistungsrecht zu vereinfachen, besteht darin, die anzurechnenden Leistungen anderer Sozialgesetzbücher und Leistungsgesetze in einem überschaubaren Rahmen zu halten. Eine Freistellung von der Anrechnung kommt wegen der Subsidiarität der passiven Leistungen des SGB II nur in Ausnahmefällen, etwa bei Bagatellbeträgen in Betracht. Daher müssen Leistungen mit gleicher Zielrichtung konsequent zusammengefasst bzw. zumindest die Leistungshöhe angeglichen werden.

Beschluss des Präsidiums des  
Deutschen Landkreistages vom 18./19.6.2013